

RHEINLANDBEWEGUNG

Neben der Revolution und der Besetzung des linksrheinischen Gebietes hat besonders die Rheinlandbewegung mit dem Ziel der Loslösung der Rheinlande von Preußen oder sogar vom Reich die Gemüter der Zeitgenossen und die politischen Leidenschaften der Nachfahren erregt und erhitzt. Adenauers Stellung zur Zukunft der Rheinlande nach 1918, seine Tätigkeit in der Rheinlandbewegung hat sein Bild für die Zeitgenossen und die Nachwelt entscheidend mitgeprägt.

Die Rheinlandbewegung wurde anfangs von Gruppen getragen, die eine Trennung des Rheinlandes von den Bundesländern Preußen, Bayern und Hessen sowie die Errichtung einer Rheinischen Republik im Rahmen des Reiches durchsetzen wollten. Urheber der Bewegung war die »Kölnische Volkszeitung« mit ihren Redakteuren Dr. Hoeber und Dr. Froberger.

Mit den Gedanken einer rheinischen Staatsbildung wurde Adenauer am 9. November 1918 durch einige Kölner Zentrumspolitiker vertraut gemacht (59). Der erstrebte westdeutsche Staat sollte von der Pfalz bis Westfalen reichen. Für Adenauer kamen die Vorschläge unerwartet, sie erschienen ihm auch nicht ausgereift. Nach Unterbreitung der Pläne an die Parteiführer der Sozialdemokraten und Liberalen — Sollmann, Meerfeld, Falk — verlegte er sich aufs Abwarten.

Am 4. Dezember, kurz vor Einmarsch der britischen Besatzungsmacht, fand in der Bürgergesellschaft eine große Zentrumsversammlung statt, auf der die Rheinische Republik ausgerufen wurde als ein im Verband des Reiches verbleibender, von Preußen abgetrennter Staat. Adenauer, der an der Versammlung nicht teilgenommen hatte, verurteilte nachdrücklich diesen Schritt, da er vom Zentrum allein vollzogen worden war. Die Sache selbst, nämlich die Aufteilung Preußens wurde damals in der Öffentlichkeit erörtert. Er veranlaßte die Bildung eines zwischenparteilichen Ausschusses, der sich aus Liberalen, Sozialdemokraten und Zentrumsleuten zusammensetzte. Etwa gleichzeitig versuchte er, das Reich an die Rheinlandfrage anzubinden. So bat er am 10. Dezember 1918 den Reichstagspräsidenten Konstantin Fehrenbach, er möge den alten Reichstag nach Limburg oder Koblenz einberufen (60). In den Vereinigten Staaten sah er die einzige Macht die die Ziele der französischen Rheinpolitik durchkreuzen könnte (61). Adenauer rechnete wie viele Zeitgenossen mit der Verwandlung der Rheinlande in einen Pufferstaat, ja sogar mit Eingliederung nach Frankreich.

Am 1. Februar 1919 hielt er vor den linksrheinischen Abgeordneten zur Nationalversammlung und zur Preußischen Landesversammlung sowie vor den Oberbürgermeistern der besetzten rheinischen Städte in Köln im Hansasaal einen Vortrag, in der er seine Vorstellungen zur Lösung der Rheinlandfrage darlegte. Er sprach sich für die Gründung einer Westdeutschen Republik im Rahmen des Reiches und unter Einschluß rechtsrheinischer Gebiete aus, um so dem von ihm anerkannten französischen Sicherheitsbedürfnis eine diskussionswürdige Alternative entgegenzustellen (63). Das Gelingen des Planes hing seiner Meinung nach von dem Verhalten der Briten ab, denen an einer völligen Schwächung Deutsch-

lands nicht gelegen sein könnte. Es war Adenauers erste große politische Rede. Anschließend wurde ein Ausschuß unter seinem Vorsitz gebildet, »dem die weitere Bearbeitung der Pläne auf Errichtung einer Westdeutschen Republik im Verbande des Deutschen Reiches und auf dem Boden der von der deutschen Nationalversammlung zu schaffenden Reichsverfassung« übertragen wurde. Adenauer sah zu dieser Zeit für das Rheinland nur die Möglichkeit eines mehr oder weniger von Frankreich kontrollierten Pufferstaates oder einer westdeutschen Republik.

Die Annahme der vorläufigen Verfassung am 10. Februar durch die Nationalversammlung band die Loslösung des Rheinlandes an die Zustimmung Preußens. Am 10. März fand im Zivilkasino zwischen Zentrumspolitikern und Männern der Wirtschaft eine Versammlung statt, in der ein Aufruf angenommen wurde, worin das Recht der Selbstbestimmung für das Rheinland — im Reichsverband — verlangt wurde. Ein Ausschuß sollte eine Volksabstimmung herbeiführen. Die »Kölnische Volkszeitung« verbreitete die Nachricht, daß Adenauer mit dieser Ausschußtätigkeit einverstanden gewesen sei, wogegen er aber heftig protestierte, ohne daß sein Widerspruch in der Zeitung abgedruckt wurde. Adenauer war auf der Versammlung zugegen gewesen, hatte sich aber in die Verhandlungen nicht eingeschaltet. Er wollte sich wohl für die Zeit nach Bekanntwerden der Friedensbedingungen nicht binden, über Stand und Meinung der einzelnen Gruppen aber unterrichtet sein. Nach Erdmann erschien Adenauer in diesen Monaten die Errichtung der Westdeutschen Republik auch ohne verfassungsrechtlichen Auftrag »nicht ganz undenkbar«.

Er konnte wie viele seiner Zeitgenossen die kommenden schwierigen Zeitverhältnisse kaum durchschauen. Seine Voraussagen über die Zukunft des Rheinlandes waren falsch: Es gab — wie sich herausstellen sollte — außer den beiden von ihm angenommenen Alternativen französischer Pufferstaat — Rheinische Republik auch andere Möglichkeiten. Die 15jährige Besetzung des rheinischen Gebietes hat im Gegensatz zu seiner Annahme nicht zum Verlust für Deutschland geführt. Auf der von ihm auf den 30. Mai einberufenen 1. Sitzung des westdeutschen politischen Ausschusses sah er die Zukunft in düsteren Farben und mit tiefem Pessimismus. Von den Separatisten Dorten und seinem Anhang distanzierte er sich scharf (66), als dieser am 1. Juni 1919 die Rheinische Republik ausrief. Anfang Juni 1919 weilte er mit mehreren rheinischen Politikern bei der deutschen Friedensdelegation in Versailles. Danach verfolgte er für die nächsten Jahre keinen Plan einer Westdeutschen Republik mehr.

Gegen die Ausrufung der Rheinischen Republik intervenierte Adenauer bei General Clive und wurde somit zum Urheber einer britischen Verordnung, die den Separatismus Dorten'scher Prägung in der englischen Besatzungszone verbot. Adenauer wollte nach Erdmann 1918/1919 die Bildung eines selbständigen Rheinstaates nur mit mehrheitlichem Einverständnis der Bevölkerung und mit dem Willen des Reiches und Preußens. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages am 28. Juni 1919 verfestigte für die Rheinlande die Verhältnisse der Waffenstillstandszeit. Im gleichen Jahr erschien eine erste Schrift, die Adenauer und seine Haltung in der Rheinlandfrage schon heftig angriff und als national unzuverlässig darstellte (62). Zu den Beschuldigungen hat Adenauer — wenn auch unbewußt und unfreiwillig — insofern den Grund gelegt, als er seine Stellung und Haltung in der Rheinlandfrage nicht auf feste Prinzipien gründete, sondern

pragmatisch und reagierend verfuhr, um sich je nach Ausgang der Friedensverhandlungen gegenüber den verschiedenen politischen Gruppen den Weg offen zu halten. Nach der Verfestigung der deutschen staatlichen Verhältnisse und nach dem Einleben mit der Besatzung hat er sich politisch zurückgehalten.

Mit der Ruhrbesetzung im Januar 1923 durch französische Truppen erhielt die Rheinlandbewegung neue Impulse. Die Separatisten Smeets, Dorten und Matthes besetzten im Herbst des Jahres mit ihrem zweifelhaften Anhang die öffentlichen Gebäude u.a. in Koblenz, Mainz, Trier, Bonn und Aachen. Sie wurden dabei von den Franzosen massiv unterstützt, fanden in der Bevölkerung aber keinen stärkeren Rückhalt. Auf den Ruhreinbruch reagierte das Reich mit der Einstellung der Reparationszahlungen, trat die Bevölkerung in den passiven Widerstand. Das Reich unterstützte das Ruhrgebiet finanziell und moralisch. Der Wert der Mark sank ins Bodenlose. Am 26. September 1923 mußte der Widerstand beendet werden. Da eine Unterwerfung unter die Besatzungsmacht national nicht tragbar war, ließ sich ein Ausweg aus der Lage kaum finden; Verhandlungen mit Vertretern des Reichs lehnte Poincaré ab. Die Deutschnationalen forderten, die Reichshilfe einzustellen und die Verantwortung für Wirtschaft und Bevölkerung der Besatzungsmacht zu überlassen, also Rhein und Ruhr »versacken« zu lassen. Zu ähnlichen Überlegungen kamen einzelne Reichsvertreter aus finanzpolitischen Erwägungen. Denn mit den Ruhrbelastungen war eine Stabilisierung der Währung durch die Rentenmark, die am 15. November in Kraft trat, kaum zu bewerkstelligen. Stresemann hat als Reichskanzler die endgültige Einstellung der Reichszahlungen — an Beamtengehältern, Arbeitslosenunterstützung — stets kurzfristig immer wieder hinausgeschoben. Adenauer war neben anderen Vertretern des Rheinlandes einer der entschiedensten Feinde einer Versackungspolitik, die Rhein und Ruhr preislos den Franzosen überlassen hätte.

Auf der Konferenz zwischen Vertretern der besetzten Gebiete und der Reichsregierung in Hagen am 25. Oktober 1923 zog Adenauer die Möglichkeit einer Loslösung der Rheinlande vom Reich in seine Erwägungen ein und suchte einen Weg aus der Zwickmühle, in die das Rheinland durch die vom Reich erörterte Alternative von »Obstruktion oder Unterwerfung« geraten war. Diesen Ausweg glaubte er in Verhandlungen zu sehen, die den Franzosen und ihrem — von Adenauer schon 1919 anerkannten — Sicherheitsbedürfnis die Bildung eines westdeutschen Staates im Reichsverband anbieten sollten. Als Gegengabe erhoffte er sich einen Abzug der Besatzung und eine Revision des Friedensvertrages. Allgemein mußte aber bei diesem Verfahren eine Lösung vom Reich befürchtet werden. Für den äußersten Fall hatte Adenauer diese Lösung wohl auch einkalkuliert, allerdings wohl nur unter der Voraussetzung, daß sie auf dem Wege der Verhandlung — nicht der Versackungspolitik — erfolge und daß Deutschland und die Rheinlande von den Lasten des Versailler Vertrags bzw. der Besatzung befreit würden. Adenauer wollte nun auf dieser Tagung »die Ermächtigung für die Rheinländer, mit den Franzosen verhandeln zu dürfen im Einverständnis mit der Reichsregierung« (Erdmann S. 101), besonders um dem gefährvollen Separatismus entgegenarbeiten zu können.

In Hagen wurde ein Fünfehner-Ausschuß aus Vertretern der Parteien zwischen Pfalz und Ruhr gebildet, der dem Wirtschaftsausschuß für das besetzte Gebiet zur Seite trat. Ohne eigentlichen Auftrag suchten die Rheinländer, voran Adenauer

Verhandlungen mit den Franzosen. Die Gespräche mit dem Rheinlandkommissar Paul Tirard kamen nur langsam in Gang, da Adenauer als Verhandlungspartner wegen seiner scharfen Ablehnung der Separatisten nicht von den Franzosen erwünscht war. Eine zweite Verbindung konnte er über seinen Freund Johann Hamspohn (69) mit dem französischen Ingenieur Vincent Arnaud anknüpfen, der über den ersten französischen Nachkriegsbotschafter in Berlin, Laurent, Zugang zu Poincaré hatte. Gestalteten sich die Verhandlungen mit Tirard als unfruchtbar, so glaubte er über Arnaud leichter voranzukommen. Ihm gegenüber trat er für einen westdeutschen Bundesstaat im Verband des Reichs ein, der die Reichspolitik im Sinne einer deutsch-französischen Aussöhnung beeinflussen sollte. Als sich die Sache in Paris gut anließ (68), berichtete Adenauer ständig dem Reichskanzler Marx. Doch torpedierte Stresemann schließlich die Gespräche (70, 71). Ab Ende Januar 1924 enthielt sich dann Adenauer weiterer Pläne und Initiativen. Daß das Reich im Oktober/November 1923 nicht das Rheinland im Stich und »versacken« ließ, war sicherlich mit ein Verdienst Adenauers, der in der entscheidenden Sitzung vom 13. November 1923 dem Reichsfinanzminister Dr. Luther zurief, daß das Rheinland dem Reich mehr als zwei oder drei neue Währungen wert sein müsse. Adenauers Gedanke eines Interessenausgleichs zwischen Frankreich und Deutschland konnte bei den damaligen nationalen Gegensätzen jedoch noch nicht verwirklicht werden.

Adenauers Stellung zur Rheinlandfrage im Ruhrkampf wurde zwei Jahre später, während des Wahlkampfes um die Nachfolge des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, von dem Kandidaten Dr. Jarres öffentlich herangezogen und falsch dargestellt (72). Ein Jahr später mußte er den Vorwurf des Separatismus, den der Berliner Oberstudiendirektor Dr. Reimann als Verfasser eines geschichtlichen Schullehrbuchs erhob, zurückweisen. Zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft mußte Adenauer sich erneuter Angriffe erwehren, die noch schärfer wurden, nachdem nach seiner Entlassung aus seinen Akten 1934 die Schmähchrift von Ilges-Schmid erstellt worden war (74). Diesen u.a. folgten 1952 und 1961 Streitschriften aus dem kommunistischen Teil Deutschlands.

Adenauer hat stets versucht, solche Angriffe abzuwehren, wenn ihm auch aus der Erinnerung manche Zeitumstände, Überlegungen und persönliche Meinungen nicht mehr genau gegenwärtig waren. Gegen die Angriffe während der NS-Zeit hatte er erwogen, sich einem Schiedsgericht zu stellen. Bei der Schaffung des Landes Nordrhein-Westfalen sollte seine Gedanken zur Rheinstaatbildung nochmals zum Tragen kommen.

Schrifttum:

Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Stuttgart 1966, im übrigen Rudolf Morsey, Die deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Düsseldorf 1966, S. 125–128, S. 246–269, S. 230–245. Henning Köhler, Autonomiebewegung oder Separatismus. Die Politik der »Kölnischen Volkszeitung« 1918/1919 (Studien zur europäischen Geschichte Bd. X), Berlin 1974. Köhler versucht eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Redakteur der KVZ, Froberger, und Adenauer nachzuweisen und Adenauer für die kritische Zeit 1918/1919 nicht als den starken, listenreichen, alle Fäden in der Hand haltenden Oberbürgermeister anzusehen, sondern als einen deprimierten, von Pessimismus erfüllten, schwankenden Mann.

59 1918 November 9 — Köln

Örtliche Zentrumsolitiker u.a. Stadtverordnete Mönning, Rings, Maus und Bollig, Oberpfarrer Kastert, Chefredakteur Dr. Hoeber und Redakteur Dr. Froberger von der »Kölnischen Volkszeitung« an Adenauer: erklären, daß es notwendig sei, die Rheinlande von Preußen zu trennen und einen besonderen Staat zu bilden, da die Rheinprovinz nach Informationen Frobergers Frankreich zugesprochen werde und nur so das Deutschtum am Rhein erhalten bliebe. Sie bitten Adenauer, die Verbindung mit den anderen Parteien herzustellen. Nach mehrtägiger ablehnender Haltung habe er [Adenauer] Meerfeld und Sollmann von den Sozialdemokraten und Falk von den Liberalen unterrichtet.

Masch.-schriftl. Aktennotiz mit eigenh. Korrekturen Adenauers zu den Vorgängen hinsichtlich der Rheinlandbewegung von November 1918 bis März 1919, 29 S., ausgelegt S. 1. — HASTK 902/253/2 S. 753 — 781. — Gedruckt: Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966, S. 238 — 253.

60 1918 Dezember 10 — Köln

Adenauer an den Reichspräsidenten Fehrenbach: bittet, den Reichstag wegen Gefährdung des Rheinlandes nach Limburg oder Koblenz einzuberufen.

Masch.-schriftl. Durchschrift auf Telegrammformular, 1 S. — HASTK 902/253/1 S. 25.

61 1918 Dezember 29 — Köln

Adenauer an den Direktor der AEG, Johann Hampohn: bittet, den amerikanischen Geschäftsmann in Brüssel, Heinemann, zu einem Besuch in Köln zu veranlassen. Nordamerika allein könne die Errichtung eines rheinischen Pufferstaates verhindern.

Masch.-schriftl. Durchschlag, 2 S. — HASTK 902/253/1 S. 67 — 68.

62 1919 — Bonn

Fritz Brüggemann, Die Rheinische Republik. Bonn 1919.

Druck, 134 S., ausgelegt Buchtitel. — HASTK.

63 1919 Februar 1 — Köln

Adenauer an die linksrheinischen Abgeordneten zur Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung sowie an die Oberbürgermeister der besetzten rheinischen Städte: trägt Gefahr für französische Annexion der Rheinlande vor, schildert Gang der bisherigen rheinischen Loslösungsbewegung und empfiehlt als Mittel gegen die Annexion die Bildung »zu einem westdeutschen Bundesstaat, zu einer westdeutschen Republik im Verbande des Deutschen Reiches«.

Masch.-schriftl. Niederschrift mit umfangreichen Korrekturen Adenauers; 83 S., ausgelegt S. 23. — HASTK 902/253/1 S. 431 — 513. Gedruckt: Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966, S. 212 — 234.

64 1919 April 7 — Köln

Adenauer an den Redakteur bei der Kölnischen Volkszeitung, Dr. Josef Froberger: sei verletzt, daß er über dessen Kontakte mit Wiesbaden [Adam Dorten] nicht unterrichtet worden sei, wie auch über seine Äußerung, daß der am 1. Februar gegründete Ausschuß für ihn [Adenauer] erledigt sei. Aus seinen [Fro-

bergers] und des [Oberpfarrers Bertram] Kastert Vorgehen könne er leider nicht die notwendigen persönlichen Konsequenzen ziehen, da die Bekanntgabe der Friedensbedingungen das Rheinland in unbedingter Einigkeit vorfinden müsse.

Masch.-schriftl. Durschschlag, 1 1/2 S., ausgelegt S. 1. — HASTK 902/253/2 S. 455 - 456.

65 1919 Mai 30 — Köln, Rathaus

Adenauer an den westdeutschen politischen Ausschuß: Er habe sich neutral verhalten, obgleich er der Meinung sei, daß man die Rheinische Republik errichten solle. Er habe sich zurückgehalten, um später mal als Vermittler auftreten zu können. Und nun werde er von der Regierung und in der Zentrumsfraktion »heruntergerissen« und »mit Steinen beworfen«.

Masch.-schriftl. Niederschrift, 93 S. ausgelegt S. 30 — HASTK 902/253/2 S. 539 — 601. — Gedruckt: Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Stuttgart 1966, S. 253 — 273.

66 o.D. [um 1920]

Separatistenführer Adam Dorten,

Lichtbild aus »Der Rhein ist frei«, Festschrift zum 125jährigen Jubiläum der »Kölnischen Zeitung«, Köln 1930, S. 13.

Adenauer distanzierte sich schon im Frühjahr 1919 eindeutig von Dorten und hat ihn dann entschieden bekämpft.

67 1923 November 24 — Köln

Adenauer vor dem Verwaltungsausschuß des besetzten Gebietes: Falls in den nächsten Monaten keine Änderung der Lage eintrete, werde Deutschland in seine Teile zerfallen. Von England sei nichts zu hoffen, ähnlich von Amerika. Italien und Rußland seien unbedeutend für die Frage. Frankreich suche in erster Linie nicht Reparationen, sondern Sicherheiten. So frage er sich, ob ein Pufferstaat diesem Bedürfnis genüge. Da Frankreich diesen Pufferstaat nicht wolle, bliebe seiner Meinung nur »die Idee des Bundesstaates innerhalb des deutschen Reiches übrig«. Dafür müsse als Gegenwert für die Schmälerung Preußens Besatzung und Rheinlandkommission fortfallen.

Masch.-schriftl. Abschrift, 10 S., ausgelegt S. 7 u. 8. — HASTK 902/253/4 S. 215 — 233 oder 100 — 109. Gedruckt: Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966, S. 313 — 320.

68 1923 Dezember 13 — Paris

Vincent Arnaud an Adenauer: berichtet über Besprechung mit dem französischen Ministerpräsident Poincaré, der interessiert und sehr aufmerksam gewesen sei. Er [Adenauer] könne seine Verhandlungen ganz frei fortsetzen. Werde an Hampohn ausführlich berichten.

Handschriftl. Ausfertigung, 3 S., ausgelegt S. 1 und 3. — HASTK 902/253/4, S. 331 — 332. — Gedruckt: Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Stuttgart 1966, S. 331 — 332.

69 o.D. [um 1910?]

Johann Hampohn, Direktor bei der AEG, Berlin (1840 — 1926) (Abb. 7).

Lichtbild aus AEG-Umschau »Spannung«, Mai 1928.

Johann Hampohn (1872 — 1885 Stadtverordneter in Köln) war ein typischer Vertreter der jungen, international ausgerichteten Elektroindustrie. Seine ausge-

zeichneten Verbindungen nach Westeuropa und USA verstand Adenauer in vielen Angelegenheiten zu nutzen, so in der Rheinlandpolitik, bei Schleifung der Festungswerke, Industrieansiedlung, Köln-Düsseldorfer-Schnellbahn.

- 70 1924 Januar 9 — Berlin, Reichskanzlei

Adenauer in einer Besprechung unter Vorsitz des Reichskanzlers Marx und in Anwesenheit der Minister Stresemann, Luther, Jarres, Hoefle, Dr. Brauns, Hamm sowie von Hagen, Stinnes, Vögler, Mönnig, Silverberg: fordert zwecks Rettung der Rheinlande Schaffung eines westdeutschen Bundesstaates im Rahmen des Deutschen Reiches unter gleichzeitiger Lösung der Fragen der Reparation, Besatzung und Rheinlandkommission, berichtet über bisherigen Stand der Verhandlungen mit Arnaud und Tirard und spricht sich mit den Industriellen Vögler und Stinnes für Verhandlungsfortführung durch diese aus (Abb. 6).

Masch.-schriftl. Niederschrift, 7 S., ausgelegt S. 3 und S. 7 (mit Unterschriften von Marx, Jarres, Höfle, Mönnig, Stinnes, Adenauer). — HASTK 1070/95 S. 50–57. — Gedruckt: Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Stuttgart 1966, S. 353–358.

- 71 1924 Januar 16 — Berlin

Reichsaußenminister Stresemann an Reichskanzler Marx: lehnt Adenauers Plan zur Errichtung eines rheinischen Bundesstaates ab, leugnet ein von Adenauer angenommenes französisches Sicherheitsbedürfnis, widerspricht Adenauers pessimistischer Einschätzung der augenblicklichen Lage und sieht mögliche Schwierigkeiten in der Erreichung eines vollgültigen Bundesstaates.

Masch.-schriftl. Ausfertigung, 9 S., ausgelegt S. 8/9. — HASTK 1070/95 S. 59–63. — Gedruckt: Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Stuttgart 1966, S. 361–365.

- 72 1925 April — Köln

Reichspräsidentenkandidat Dr. Jarres und Adenauer treffen in der Wohnung von Louis Hagen einen Vergleich und verpflichten sich, nicht weiter den gegenseitigen Vorwurf des Separatismus bzw. der Versackungspolitik zu verfolgen.

Masch.-schriftl. Niederschrift, 5 S., ausgelegt S. 5. — HASTK 902/253/5 S. 255–259.

Im Rahmen des Wahlkampfes um die Reichspräsidentschaft war dem Kandidaten der Rechtsparteien, Jarres, vom Zentrum vorgeworfen worden, er habe 1923 während der Ruhrbesetzung gegenüber dem Rheinland eine Versackungspolitik betrieben, d.h. Geldzahlungen des Reiches einstellen und das besetzte Gebiet sich selbst überlassen wollen, um so Frankreich zum Nachgeben zu zwingen. Daraufhin bezichtigte Jarres den Zentrumspolitiker Adenauer des Separatismus.

- 73 1933 Oktober 10 — Maria Laach

Adenauer an Reichskanzler a.D. Wilhelm Marx: solle sich das Oktoberheft 1933 der Süddeutschen Monatshefte kaufen. Es enthalte einen Artikel von Paul Wentzcke über den Separatismus. Er hoffe, daß am nächsten Tag Ruffini zu ihm komme, um die notwendigen Maßnahmen gegen Wentzcke zu ergreifen.

Handschriftliche Ausfertigung, 1 S. — HASTK 1070/97 S. 6.

74 1934 — Berlin

F. Walther Ilges/Dr. Hermann Schmid: Hochverrat des Zentrums am Rhein. Neue Urkunden über die wahren Führer der Separatisten (26 Photographien).

Druck, 191 S., ausgelegt Buchtitel. — HASTK 1187 D 27.

Es handelt sich um eine Schmähchrift gegen Adenauer, die nach seiner Absetzung als Oberbürgermeister aus seinen Akten erarbeitet wurde und mit einem pseudo-wissenschaftlichen Apparat strenge Wissenschaftlichkeit vortäuschte.

75 o.D. (1966)

Karte der Rheinlande zur Zeit der Besetzung.

Vergrößerung aus: Karl Dietrich Erdmann, Konrad Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Stuttgart 1966, hinteres Deckblatt.